

Boss, Alfred; Kamps, Annette; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim

Article — Digitized Version

Konjunkturschwäche in Deutschland wird nur zögerlich überwunden

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Kamps, Annette; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim (2005) : Konjunkturschwäche in Deutschland wird nur zögerlich überwunden, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 3, pp. 249-287

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3664>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vorabdruck aus

Die Weltwirtschaft 2005, Heft 2

Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel
Herausgegeben von Dennis Snower

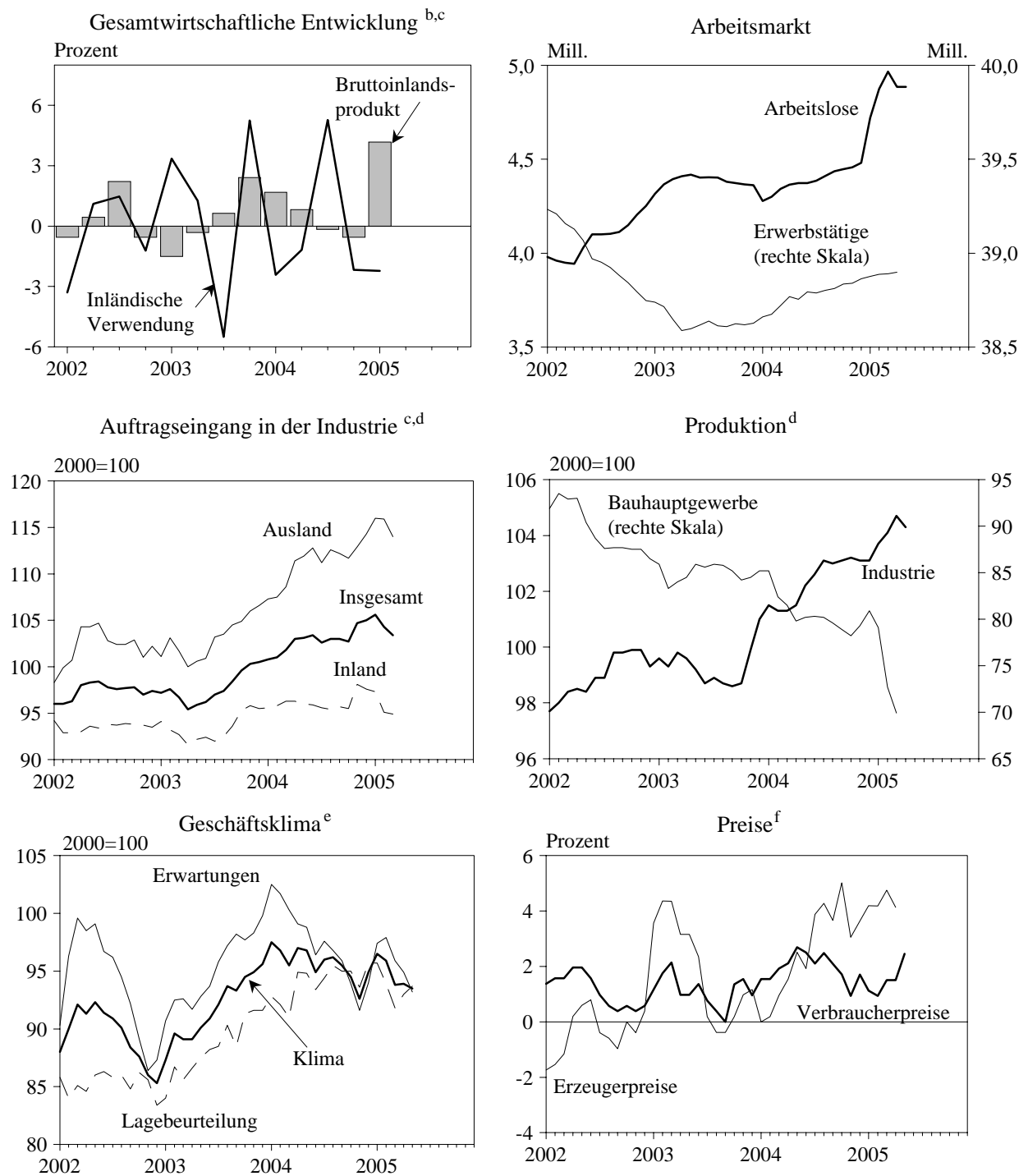
Konjunkturschwäche in Deutschland wird nur zögerlich überwunden

Von *Alfred Boss, Annette Kamps, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp* und *Joachim Scheide*

Folgt man den amtlichen Zahlen, so ist die deutsche Wirtschaft mit viel Schwung in das Jahr 2005 gestartet. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im ersten Quartal saison- und arbeitstäglich bereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 4,2 Prozent zu (Abbildung 1); ein Anstieg in dieser Größenordnung war zuletzt Anfang 2001 verzeichnet worden. Die Impulse kamen vom Export, der mit zweistelliger Rate expandierte. Die Binnennachfrage nahm dagegen abermals ab.

Allerdings dürften die kalenderbereinigten Daten für das erste Quartal die konjunkturelle Grundtendenz deutlich überzeichnen. Hintergrund ist die relativ hohe Anzahl von Arbeitstagen im vergangenen Dezember, die wohl nicht in dem Maße produktionswirksam wurde, wie es die arbeitstägliche Bereinigung unterstellt. In der Folge werden der saison- und arbeitstäglich bereinigte Produktionsanstieg für das vierte Quartal 2004 zu niedrig und der für das erste Vierteljahr 2005 zu hoch ausgewiesen, zumal aufgrund der Lage des Osterfestes im März im ersten Quartal ebenfalls ein Problem mit der Kalenderbereinigung vorliegen könnte. Betrachtet man das gesamte Winterhalbjahr, so ergibt sich im Verlauf ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit einer Jahresrate von 1,8 Prozent. Dabei dürfte sich die konjunkturelle Dynamik nach der Jahreswende bereits wieder abgeschwächt haben. So hat sich das Geschäftsklima – und dabei sowohl die Geschäftserwartungen als auch die Geschäftslageeinschätzungen der Unternehmen – seit vergangenem Dezember nahezu kontinuierlich verschlechtert. Auch lag die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal

Abbildung 1:

Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland 2002–2005

^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. — ^cReal. — ^dGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^eGewerbliche Wirtschaft. — ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); ifo (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

unter dem Niveau vom Vorquartal. Im Frühjahr dürfte die Konjunktur dann weiter an Schwung verloren haben. Die Industrieproduktion stagnierte im April, die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe lagen deutlich niedriger als im Mittel des ersten Quartals, und die Stimmungsindikatoren sind abwärts gerichtet. Vor diesem Hintergrund halten wir auch aufgrund des überzeichneten Anstiegs im ersten Quartal einen leichten Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (-1 Prozent, laufende Jahresrate) im zweiten Vierteljahr für wahrscheinlich.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter verschlechtert. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist abermals gesunken. Zwar ist die gesamte Erwerbstätigkeit erneut gestiegen, wenn auch nur noch geringfügig. Die Arbeitsplatzgewinne beschränkten sich aber auf den Bereich der selbständigen Beschäftigung, insbesondere auf die „Ich-AGs“, sowie auf die „Ein-Euro-Jobs“.

Der Anstieg des gesamten Verbraucherpreisindex hat sich unter dem Eindruck des abermaligen starken Anstiegs der Energiepreise wieder beschleunigt. Im Mai betrug die Inflationsrate 1,7 Prozent. Der zugrunde liegende Preisauftrieb ist allerdings nach wie vor sehr gering. Die Verbraucherpreise ohne Energie sind seit dem Jahreswechsel praktisch unverändert geblieben; die Kerninflationsrate lag im April bei 0,9 Prozent.

Das Statistische Bundesamt hat jüngst eine umfassende Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgelegt. Über die üblichen datenbedingten Änderungen hinaus wurden wichtige methodische Neuerungen eingeführt (Kasten 1). So ersetzt die Deflationierung mit Vorjahrespreisen die Preisbereinigung mithilfe von Deflatoren mit festem Basisjahr. Auch kommen verstärkt hedonische Preismessmethoden zum Einsatz. Außerdem wird im Bankbereich sowie bei den nichtmarkbestimmten Dienstleistungen die Wertschöpfung nun nach einem modifizierten Verfahren ermittelt. Insgesamt ergibt sich ein höheres Niveau des realen Bruttoinlandsprodukts. Darüber hinaus weisen die neuen Zahlen für den Revisionszeitraum von 1991 bis 2004 auch etwas höhere Zuwachsraten für das reale Bruttoinlandsprodukt aus; im Mittel über den gesamten Zeitraum liegt der jahresdurchschnittliche Zuwachs nunmehr bei 1,5 Prozent statt bei 1,3 Prozent. Wir nehmen diese Revision zum Anlass, unsere mittelfristigen Erwartungen für das Wachstum des Produktionspotentials leicht nach oben zu korrigieren. Unsere aktuelle Prognose für den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts fällt gleichwohl nur geringfügig höher aus als vor drei Monaten, da sich die Aussichten für die Konjunktur seither etwas verschlechtert haben.

Kasten 1:

Zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Am 28. April 2005 hat das Statistische Bundesamt erste Ergebnisse einer umfassenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für den Zeitraum von 1991 bis 2004 vorgelegt.^a Die jüngsten Quartalergebnisse der VGR vom 25. Mai 2005 beruhen auf den revidierten Methoden.

Die revidierten Daten weichen aufgrund von neu zur Verfügung stehenden statistischen Daten insbesondere aber aus folgenden Gründen von den bisherigen ab. Zum einen wurde die Bankenproduktion neu erfasst: Hiernach wird die „unterstellte Bankgebühr“ (FISIM^b), die zuvor pauschal von der Wertschöpfung abgezogen wurde, nun als Teil der Wertschöpfung des Bankensektors interpretiert und auf die Nachfrager aufgeteilt. Da die Bankdienstleistungen sowohl den privaten Haushalten, dem Staat als auch ausländischen Kunden zugerechnet werden, führt dies zu einem erhöhten Niveau des privaten Konsums, des Staatskonsums und der Exporte (abzüglich Importe) und des Bruttoinlandsprodukts. Zum anderen wurde die Deflationierung der VGR-Daten auf verschiedene Weise den verbindlichen Rechtsvorschriften zur internationalen Harmonisierung der Preis- und Volumenmessung angepasst. Hierzu gehören vor allem die Einführung der Vorjahrespreisbasis, aber auch die verbesserte Berücksichtigung von Qualitätsunterschieden durch einen verstärkten Gebrauch hedonischer Preisindizes und die verstärkte direkte Volumenmessung bei nichtmarktbestimmten Dienstleistungen (Output- statt Inputmessung).

Die Einführung der „unterstellten Bankgebühr“ erhöht laut Statistischem Bundesamt das Niveau des nominalen Bruttoinlandsprodukts in den einzelnen Jahren um 1,2 bis 2,2 Prozent. Die durchschnittliche Veränderungsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts verändert sich infolge der Revision kaum. Die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts sind im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2004 rund 0,2 Prozentpunkte höher als vor der Revision (Tabelle).

Tabelle:

Differenz der jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten nach und vor der Revision für 1992–2004 (Vorjahresvergleich, in Prozentpunkten)

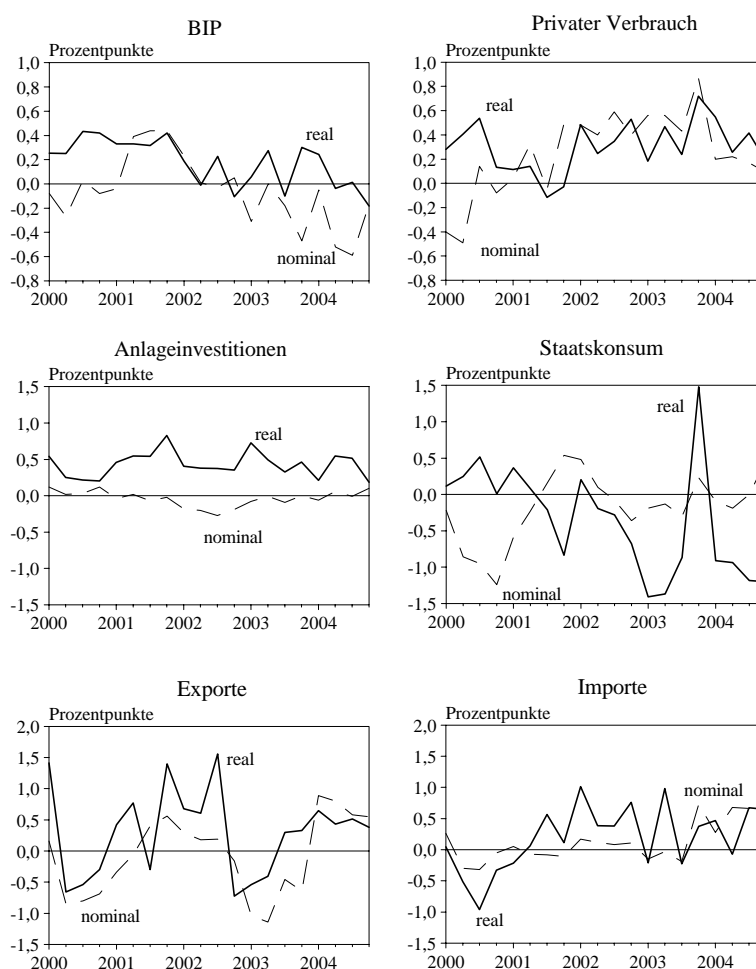
	BIP	Privater Konsum	Staatskonsum	Anlageinvestitionen	Exporte	Importe
Nominal	-0,06	-0,04	0,00	0,02	0,03	0,04
Real	0,18	0,24	-0,01	0,42	0,46	0,44

Quelle: Statistisches Bundesamt (2005b); Statistisches Bundesamt (2005c).

Somit nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im Trend seit 1991 um 1,5 Prozent pro Jahr zu (1,3 Prozent bisher). Dies ist auf die neue Art der Deflationierung zurückzuführen. Statt auf ein festes Basisjahr (bisher 1995) wird der Preisindex nun auf den Jahresdurchschnitt des Vorjahres normiert und die Ergebnisse für die realen Größen werden miteinander verkettet. Dies führt dazu, dass der Preisanstieg tendenziell geringer ausfällt, da Substitutionseffekte und Anpassungen der Güterstruktur zeitnah berücksichtigt werden. Insbesondere macht sich dies bei IT-Gütern bemerkbar, deren Preise innerhalb weniger Jahre oft stark sinken. Ebenfalls preisdämpfend wirkt sich der verstärkte Gebrauch von hedonischen Preisen, die Qualitätsverbesserungen zutreffender messen, aus. Alles in allem ergeben sich dadurch höhere Veränderungsrate der Komponenten des realen Bruttoinlandsprodukts, die davon am stärksten betroffen sind. Dies sind insbesondere die Investitionen, da hier der Anteil an IT-Gütern am höchsten ist, aber auch Exporte und Importe. Ebenfalls betroffen ist der private Konsum, da mittlerweile auch bei elektrischen Haushaltsgeräten und Unterhaltungselektronik hedonische Preisindizes verwendet werden.

Während die Zuwachsraten für beinahe alle Aggregate real höher ausfallen als vor der Revision, ist die Dynamik des realen Staatskonsums am aktuellen Rand deutlich schwächer (Abbildung). Dies beruht weder auf einer Abwärtskorrektur der nominalen Daten, noch auf der verstärkten Nutzung hedonischer Preisindizes, da diese, wenn relevant, wie bei den anderen Aggregaten einen steigenden Effekt haben müssten. Die wesentliche Erklärung dürfte darin liegen, dass nun die vom Staat zur Verfügung gestellten (nichtmarktbestimmten) Dienstleistungen verstärkt am Output statt am Input gemessen werden.^c So werden etwa im Bereich Erziehung und Unterricht nun die Zahl der von Schülern bzw. Studenten empfangenen Unterrichtsstunden und im Bereich Sozialwesen die Anzahl der Pflegeempfänger und der Pflegegebühren zur direkten Volumenmessung verwendet. Dies führt nicht notwendigerweise zu einer schwächeren realen Entwicklung. Allerdings wurde bisher für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein pauschaler Produktivitätszuschlag von 0,5 Prozent jährlich unterstellt, der nun wegfällt.

Abbildung:
Differenz der Zuwachsraten nach und vor der Revision (Vorjahresvergleich)



Quelle: Statistisches Bundesamt *Fachserie 18, Reihe 3* (lfd. Jgg.).

^aVgl. hierzu im Einzelnen Statistisches Bundesamt (2005a). — ^bFinancial Intermediation Services Indirectly Measured. — ^cBetroffen sind die öffentliche Verwaltung, Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen und Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige Vereinigungen.

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen weiter günstig

Die Europäische Zentralbank hat ihre Leitzinsen auch in den vergangenen Monaten unverändert gelassen, und die Dreimonatsgeldmarktzinsen lagen weiter bei 2,1 Prozent (Tabelle 1). Die Kapitalmarktzinsen sind unter dem Eindruck sich verschlechternder Konjunkturaussichten gesunken; mit 3,2 Prozent lag die Rendite von Bundesanleihen mit 9–10-jähriger Restlaufzeit Anfang Juni auf einem historischen Tiefstand. Real ist das Niveau der Kapitalmarktzinsen ebenfalls sehr niedrig, auch wenn es sich zuletzt kaum verändert hat, da die langfristigen Inflationserwartungen – legt man die Breakeven-Inflationsrate französischer Staatsanleihen zugrunde – etwa im selben Ausmaß gesunken sind wie die nominale Rendite. Die monetären Rahmenbedingungen insgesamt haben sich zuletzt dadurch etwas verbessert, dass der Euro real und effektiv an Wert eingebüßt hat. Der Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dürfte Anfang Juni um reichlich einen Prozentpunkt unter seinem Stand im März gelegen haben. Alles in allem sind die monetären Rahmenbedingungen günstig. Dies wird sich auch im Prognosezeitraum nur wenig ändern. Die Europäische Zentralbank wird die Leitzinsen im Euroraum erst gegen Ende 2006 etwas anheben (Benner et al. 2005b). Die Kapitalmarktzinsen dürften im laufenden Jahr etwa auf dem jetzigen Niveau bleiben und im kommenden Jahr im Zuge der Erholung der Weltkonjunktur leicht anziehen. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Wert von 1,25 unterstellt.

Tabelle 1:

Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2004, 2005 und 2006

	2004				2005				2006			
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q. ^a	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,1	2,1	2,1	2,2	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3	2,4
Rendite 9–10-jähriger												
Bundesanleihen	4,1	4,2	4,1	3,8	3,5	3,4	3,5	3,7	3,8	4,0	4,1	4,3
Tariflohnindex ^{c,d}	1,8	1,5	1,0	0,9	1,3	1,8	1,5	1,8	2,1	1,6	1,6	1,4
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,25	1,20	1,22	1,30	1,31	1,27	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	99,2	98,0	98,4	99,5	99,0	98,4	97,9	97,7	97,5	97,3	97,1	96,9
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	5,9	4,1	0,9	3,5	-2,8	2,6	2,7	3,4	4,4	4,3	4,0	3,8
Rohölpreis ^h	31,4	35,2	40,6	44,8	47,8	48,0	47,0	47,0	47,0	46,0	45,0	44,0

^aTeilweise geschätzt. — ^bPrognose. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^dAuf Stundenbasis. — ^eGegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^gIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^hUS-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird sich im Jahr 2005 trotz einer Vielzahl finanzpolitischer Maßnahmen (Arbeitsgemeinschaft 2005: 43) kaum ändern. Verschiedene Sondereinflüsse (Benner et al. 2005a: 43) führen dazu, dass das (unbereinigte) Budgetdefizit trotz der relativ schwachen Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 3 auf 77 Mrd. Euro abnimmt; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird sich das Defizit wohl auf 3,4 Prozent belaufen, nach 3,6 Prozent im Jahr 2004.

Die Ausgaben des Staates insgesamt werden im Jahr 2005 wieder steigen, nachdem sie im Vorjahr gesunken waren. Die Ausgaben für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst dürften nochmals zurückgehen, obwohl die Löhne um rund 1 Prozent angehoben werden. Auch die Subventionen – beispielsweise die Kohlesubventionen – werden weiter rückläufig sein. Hingegen dürften die Sozialleistungen etwas zunehmen; den Kürzungen bei den Renten und bei den öffentlichen Pensionen stehen Mehrausgaben für hilfebedürftige Arbeitslose gegenüber.¹ Die Sachaufwendungen des Staates werden wieder deutlich zunehmen; sie waren im Jahr 2004 wegen der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung zurückgegangen. Auch die öffentlichen Investitionen werden steigen. Maßgeblich dafür ist, dass sich die Finanzlage der Gemeinden im Jahr 2004 deutlich verbessert hat (Benner et al. 2005a) und sich weiter verbessern wird. Neben den steigenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer spielt hier eine Rolle, dass im Rahmen der Hartz IV-Reform in erheblichem Maße Belastungen von den Gemeinden auf den Bund verlagert worden sind.

Das Steueraufkommen dürfte im Jahr 2005 geringfügig steigen. Zwar wurden die Einkommensteuersätze gesenkt, es wurden aber einzelne Steuervergünstigungen reduziert, und die Tabaksteuer wird weiter angehoben. Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung wird ebenfalls nur wenig höher ausfallen als im Vorjahr. Zwar wurde zum Jahresbeginn der Pflegeversicherungsbeitrag für Kinderlose erhöht, der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird aber im Jahr 2005 im Durchschnitt mit 14 Prozent etwas geringer als im Vorjahr sein (14,2 Prozent); zudem nimmt der beitragspflichtige Teil der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme wohl nicht zu. Die Belastung durch Beiträge und Steuern insgesamt (Steuer- und Beitragsaufkommen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) wird im Jahr 2005 etwas sinken.

¹ Die Ausgaben je Leistungsempfänger nehmen infolge des Zusammenlegens der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für Erwerbsfähige zwar etwas ab, die Zahl der Begünstigten fällt aber größer aus als im Jahr 2004. Per saldo dürften die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II im Jahr 2005 etwas größer sein als die vergleichbaren Ausgaben für Arbeitslosenhilfe bzw. Sozialhilfe im Jahr 2004. Im Vergleich zu den Ansätzen im Bundeshaushaltsplan 2005 ergeben sich freilich hohe Mehrausgaben.

Im Jahr 2006 werden die Ausgaben des Staates wohl nochmals um weniger als 1 Prozent, allerdings etwas rascher als im Jahr 2005 ausgeweitet werden. Zwar werden die Löhne im öffentlichen Dienst konstant bleiben, während die Beschäftigung weiter – wenngleich abgeschwächt – sinken wird. Die Sachaufwendungen des Staates und die öffentlichen Investitionen werden aber ebenso wie die Zinsen auf die öffentlichen Schulden verstärkt zunehmen; zudem wird der Bund wieder Zuweisungen an die Postpensionskassen leisten.

Die Steuerbelastung insgesamt dürfte sich im Jahr 2006 – bei gegebenem Steuerrecht – nur wenig ändern. Anlässlich des so genannten Job-Gipfels wurden allerdings u.a. eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes und eine Entlastung der Personengesellschaften (durch eine erhöhte Anrechnung der Gewerbesteuer- auf die Einkommensteuerschuld) vereinbart; zur Finanzierung eines Teils der Steuersenkung sollen u.a. die Möglichkeiten, durch die Beteiligung an bestimmten Fonds, Steuern zu sparen, eingeschränkt werden (BMF 2005). Hier wird unterstellt, dass diese Maßnahmen im Kern im Jahr 2006 in Kraft treten werden. Über die skizzierten Maßnahmen hinaus werden zahlreiche andere Maßnahmen wie z.B. eine Anhebung der Mehrwertsteuer, eine Reduktion der Beitragssätze in der Sozialversicherung und eine Einkommensteuerreform diskutiert. Es ist offen, ob finanzpolitische Eingriffe dieser Art schon für das Jahr 2006 beschlossen werden, für die Prognose werden sie nicht unterstellt.

Die Beitragssätze in der Sozialversicherung werden im Jahr 2006 wohl konstant bleiben. Zwar werden dann – wie schon im Jahr 2005 – die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung bei gegebenem Leistungsrecht und unverändertem Beitragssatz nicht ausreichen, um die Ausgaben zu finanzieren, es wird aber vermutlich weder zu einer Anhebung des Beitragssatzes noch zu einem Einschnitt in die Renten kommen; vielmehr wird die Rentenversicherung wohl einen zusätzlichen Bundeszuschuss erhalten.² Die Finanzierungslücke im laufenden Jahr wird durch den Rückgriff auf die Rücklagen (Schwankungsreserve) geschlossen.

Das Budgetdefizit des Staates dürfte im Jahr 2006, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, reichlich 3 Prozent betragen. Der Schuldenstand wird im Jahr 2005 vergleichsweise wenig steigen, weil die Nettokreditaufnahme des Bundes durch außergewöhnlich hohe Erlöse aus dem Verkauf von Aktien und durch die Rückzahlung von Krediten, die an Russland und Polen vergeben worden waren, niedrig gehalten werden wird; er wird sich aber im Jahr 2006 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt der 70-Prozent-Marke nähern.

² Die Bundesregierung will die Zahlungsfristen, die für die Beiträge gelten, verkürzen, um die Liquiditätslücke zu schließen. Sie wird ihre Absicht angesichts des Widerstands der Opposition wohl aber nicht realisieren können.

Verlangsamter Zuwachs bei den Exporten

Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen waren im Winterhalbjahr der Motor der deutschen Konjunktur. Besonders kräftig expandierten die Ausfuhren in die OPEC-Länder, die von den hohen Rohölnotierungen profitieren. Die Lieferungen in den übrigen Euroraum stiegen trotz der schwachen Konjunktur weiter recht zügig, während die in die neuen Mitgliedsländer aufgrund einer dort rückläufigen Industrieproduktion kaum zunahmen.

Der kräftige Anstieg der Exporte im Winterhalbjahr dürfte allerdings die Grundtendenz bei der Auslandsnachfrage überzeichnen. Hierfür spricht, dass die Industrieproduktion der wichtigsten Handelspartner im selben Zeitraum stagnierte, im ersten Quartal war sie sogar stark rückläufig. Wir erwarten vor diesem Hintergrund, dass die Exporte im zweiten Quartal leicht gesunken sind; dafür spricht auch, dass die Auftragseingänge im April deutlich zurückgegangen sind. Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Exporte nicht zuletzt aufgrund des schwachen Produktionsanstiegs im übrigen Euroraum nur moderat zunehmen. Da sich die Konjunktur hier im nächsten Jahr leicht belebt und die deutschen Exporteure an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, werden die Exporte anziehen. Alles in allem dürfte die Ausfuhr in diesem Jahr um 4,6 Prozent und im Jahr 2006 um 4,9 Prozent zunehmen.

Der starke Anstieg der Exporte führte im ersten Quartal nicht zu einem Anstieg der Importe. Die Einfuhren von Vorleistungsgütern expandierten zwar sehr kräftig, doch stagnierten die Einfuhren von Konsumgütern, und die von Investitionsgütern gingen sogar deutlich zurück. Dies spiegelt die schwache Binnenwirtschaft im ersten Quartal wider. Die Importe werden aufgrund der zunächst schwachen Exportnachfrage und nur langsam anziehender Binnennachfrage bis Ende des Jahres nur moderat zunehmen. Im nächsten Jahr wird sich der Anstieg bei höherer Binnennachfrage beschleunigen. Die Importe werden im Jahr 2006 um 4,6 Prozent zunehmen, nach 1,4 Prozent in diesem Jahr.

Die Einfuhrpreise haben sich bis zuletzt deutlich erhöht. Während der kräftige Anstieg der Rohstoffpreise zunächst teilweise durch die Aufwertung des Euro kompensiert wurde, schlug er im ersten Quartal bei etwa konstanten Wechselkursen voll auf die Importpreise durch. Der Deflator der Importe sank allerdings gleichzeitig. Für den Prognosezeitraum erwarten wir einen weiteren leichten Anstieg der Importpreise, der sich aber mit leicht zurückgehenden Ölpreisen und annahmegemäß unverändertem Wechselkurs gegen Ende 2006 etwas abschwächt. Die Exportpreise dürften weiterhin leicht anziehen, so dass die Terms of Trade sich in diesem Jahr leicht verschlechtern und im nächsten Jahr in etwa konstant sein dürften.

Nur allmähliche Belebung der Binnennachfrage

Im Gegensatz zu den Exporten blieb die Binnenkonjunktur im Winterhalbjahr 2004/2005 schwach. Die inländische Verwendung wurde mit einer laufenden Jahresrate von 2,2 Prozent eingeschränkt. In den zwei Halbjahren zuvor war sie moderat gestiegen, allerdings hauptsächlich aufgrund der Aufstockung der Läger im Zuge des Konjunkturaufschwungs; die Binnennachfrage ohne die Vorratsveränderungen sinkt seit Ende 2001.

Die neuerliche Schwäche der Binnennachfrage im vergangenen Winterhalbjahr äußerte sich insbesondere in einer deutlichen Abnahme der Anlageinvestitionen. Die leichte Zunahme, zu der es erstmals nach geraumer Zeit im Sommerhalbjahr 2004 durch das kräftige Anziehen der Ausrüstungsinvestitionen gekommen war, wurde damit wieder wettgemacht; der Abwärtstrend bei den Investitionen scheint insofern ungebrochen. Zwar waren die Ausrüstungsinvestitionen zusammen mit den Investitionen in sonstige Anlagen auch im vergangenen Winterhalbjahr noch leicht im Plus. Dem stand jedoch abermals eine deutliche Verringerung der Bauinvestitionen, sowohl im Wohnungs- als auch im Nichtwohnungsbereich, gegenüber. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stagnieren den revidierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge seit vier Quartalen. Dass selbst der vermutlich statistisch nach oben verzerrte Wert für das erste Quartal 2005 einen Rückgang der privaten Konsumausgaben ausweist, deutet darauf hin, dass die privaten Haushalte auf die zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuersenkungen bisher nicht mit einer Erhöhung ihrer Ausgaben reagiert haben. Nach wie vor dürften die längerfristigen Erwartungen hinsichtlich der Zunahme ihrer real verfügbaren Einkommen vor dem Hintergrund des niedrigen Wachstums des Produktionspotentials und der weiter steigenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte gedrückt sein.

Im Prognosezeitraum wird sich die Binnennachfrage voraussichtlich nur zögerlich beleben. Angesichts der durch die Stimmungsindikatoren reflektierten Verschlechterung der Absatz-erwartungen sowie steigender Kosten infolge des Preissprungs an den internationalen Rohstoffmärkten dürften sich die Unternehmen mit Investitionen zunächst zurückhalten. Wichtige Rahmenbedingungen für die Investitionen sind gleichwohl günstig. So steigen die Arbeitskosten im gesamten Prognosezeitraum nur moderat, die Finanzierungsbedingungen bleiben sehr günstig und die Rohstoffpreise dürften in der Tendenz eher leicht rückläufig sein. Außerdem werden die Unternehmen im laufenden Jahr durch die Senkung der Einkommensteuer und durch die Umfinanzierung von Krankengeld und Zahnersatz entlastet; im Jahr 2006 wird ferner die Körperschaftsteuer gesenkt, es gilt eine höhere Pauschale bei der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld, und es treten wohl Erleichterungen bei der Erbschaftsteuer im Falle der Betriebsnachfolge in Kraft. Zum Jahresende dürften diese Einflüsse im Zuge sich wieder verbessernder Absatzperspektiven mehr und mehr Bedeutung

gewinnen und die Basis für einen moderaten Investitionsaufschwung bilden. Im Wohnungsbau hält allerdings der durch die demographische Entwicklung und die vielerorts bestehenden Leerstände begründete Abwärtstrend bis zum Ende des Prognosezeitraums an, er schwächt sich jedoch aufgrund der sehr niedrigen Hypothekenzinsen etwas ab.

Die Ausweitung der Konsumausgaben der privaten Haushalte bleibt im laufenden Jahr, angesichts einer nur geringen Expansion der verfügbaren Einkommen, die zum Großteil durch den Anstieg der Verbraucherpreise kompensiert wird, verhalten. Zwar nehmen die Bruttolöhne und -gehälter wieder zu, die Nettolöhne steigen aber trotz der Steuerentlastungen und der gesenkten Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung langsamer als im Vorjahr, da Arbeitnehmer – zusammen mit den Rentnern – ab Jahresmitte die Finanzierung von Krankengeld und Zahnersatz allein tragen und Kinderlose seit Jahresbeginn einen erhöhten Beitragssatz zur Pflegeversicherung zahlen müssen. Zudem werden die Renten nicht angehoben. Im Jahr 2006 steigen die Bruttolöhne und -gehälter rascher, auch weil die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder etwas zunimmt. Die monetären Sozialleistungen dürften dagegen nicht höher ausfallen. Bei leicht beschleunigt expandierenden real verfügbaren Einkommen und etwas besseren Beschäftigungsperspektiven dürften die privaten Konsumausgaben im kommenden Jahr etwas kräftiger zunehmen.

Die gesamte reale Inlandsnachfrage geht im laufenden Jahr voraussichtlich um 0,6 Prozent zurück. Im kommenden Jahr dürfte sie um 0,9 Prozent steigen.

Preisaufrtrieb schwächt sich ab

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich zuletzt wieder etwas beschleunigt. Hintergrund war das abermalige Anziehen der Energiepreise. Die Inflationsrate erhöhte sich im Mai auf 1,7 Prozent. Der binnenwirtschaftliche Preisaufrtrieb, gemessen an den Verbraucherpreisen ohne Energie, ist allerdings sehr gering; seit Jahresbeginn sind die Verbraucherpreise ohne Energie trotz der Anhebung der Rundfunk- und Fernsehgebühren im April und der seit Januar fälligen LKW-Maut praktisch nicht gestiegen.

Im Prognosezeitraum wird sich der Preisaufrtrieb deutlich verlangsamen. Der Spielraum für Preiserhöhungen wird angesichts einer bis zum Jahresende sinkenden Kapazitätsauslastung sehr begrenzt sein. Die Preise für Energie und andere Rohstoffe werden leicht sinken. Als externer Anstoß kann lediglich die erneute Erhöhung der Tabaksteuer im September angesehen werden. Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr einen Anstieg des Preisindex für die

Lebenshaltung von 1,7 Prozent. Im kommenden Jahr werden die Verbraucherpreise voraussichtlich um 1,4 Prozent zulegen.

Noch keine konjunkturelle Belebung am Arbeitsmarkt

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt wird seit Jahresbeginn von den Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik dominiert. So führte die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die im ersten Quartal noch einen starken Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen bewirkte, zu Beginn des zweiten Quartals zu einem Rückgang; etwa 20 000 ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger haben aufgrund eines fehlenden Anspruchs auf Arbeitslosengeld II ihre Arbeitslosmeldung nicht erneuert. Außerdem wurde die Zahl der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobs“) ausgeweitet. Die Arbeitslosenquote ging im Mai auf 11,8 Prozent zurück. Auch die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl wird weiterhin von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geprägt. Der im Vergleich zum Vorquartal unveränderte Anstieg um knapp 40 000 Personen ist ausschließlich auf eine noch immer deutliche Zunahme der Zahl der Selbständigen, insbesondere in Form der „Ich-AG“, zurückzuführen. Die Zahl der Arbeitnehmer ging im ersten Quartal hingegen nochmals zurück; die zusätzlich geschaffenen „Ein-Euro-Jobs“ konnten die Abwärtsbewegung bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie den Rückgang der Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten nicht kompensieren. Das Arbeitsvolumen (geleistete Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen) ist im ersten Quartal leicht gesunken.

Der Anstieg der Tariflöhne dürfte im Prognosezeitraum gering bleiben. Zwar ist der Tarifabschluss in der Stahlindustrie mit einer Lohnerhöhung um 3,5 Prozent für zwölf Monate sehr hoch ausgefallen; die Branche ist allerdings gegenwärtig durch eine Sonderkonjunktur geprägt. Für die noch folgenden Lohnverhandlungen sind deutlich niedrigere Abschlüsse zu erwarten. Gesamtwirtschaftlich veranschlagen wir den Anstieg der tariflichen Stundenlöhne auf 1,6 Prozent in diesem Jahr. Bei einer negativen Lohndrift und einem leichten Rückgang der Belastung durch Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung wird der Produzentenreallohn auf Stundenbasis in diesem Jahr nur leicht zunehmen; dabei wird der Anstieg geringer ausfallen als die trendmäßige Zunahme der Stundenproduktivität, so dass sich von dieser Seite beschäftigungsfördernde Wirkungen ergeben. Im Jahr 2006 dürften die Tariflöhne annähernd unverändert zunehmen und übertarifliche Leistungen in geringerem Maße eingeschränkt werden. Insgesamt dürften vonseiten der Lohnpolitik weitere Anreize zur Ausweitung der Beschäftigung ausgehen.

Angesichts der geringen konjunkturellen Dynamik bleibt die Arbeitsnachfrage gleichwohl vorerst schwach. Der Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird sich bis zum Jahresende fortsetzen, wenn auch in abgeschwächtem Tempo. Zwar ist die Zahl der offenen Stellen seit Jahresbeginn deutlich angestiegen, jedoch dürfte die Zunahme größtenteils auf die zusätzlich geschaffenen „Ein-Euro-Jobs“ zurückzuführen sein. Der wieder einsetzende Anstieg der Zahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse sowie die Zunahme der Zahl der „Ein-Euro-Jobs“ werden dazu führen, dass die Arbeitnehmerzahl wieder leicht zunehmen wird. Die Zahl der Selbständigen wird, insbesondere bedingt durch eine Zunahme im Bereich der „Ich-AGs“, zunächst weiter steigen. Alles in allem ergibt sich für die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2005 ein Anstieg um gut 0,5 Prozent. Für das Jahr 2006 erwarten wir bei sich wieder leicht belebender Konjunktur eine annähernd unveränderte Zunahme, dann auch wieder im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Ein weiterer Anstieg der Zahl der „Ein-Euro-Jobs“ ist nicht unterstellt. Nach einer leichten Zunahme im Jahr 2004 dürfte das Arbeitsvolumen im Prognosezeitraum annähernd stagnieren. Zwar wird die Zahl der Erwerbstätigen zunehmen, allerdings dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen, nicht zuletzt bedingt durch die sinkende Anzahl an Arbeitstagen, wieder zurückgehen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte im Verlauf des Prognosezeitraums leicht beschleunigt zurückgehen. In diesem Jahr ist aus rein konjunktureller Sicht ein weiterer Anstieg zu erwarten; dieser dürfte jedoch durch Sondereffekte infolge der Hartz IV-Reform überlagert werden. So dürfte die Arbeitslosigkeit dadurch gesenkt werden, dass zum einen eine genauere Überprüfung der bereits erfassten Sozialhilfeempfänger erfolgen wird und zum anderen weitere „Ein-Euro-Jobs“ geschaffen werden.³ Alles in allem ist unterstellt, dass die Zahl der Arbeitslosen allein infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige im Jahresdurchschnitt um gut 250 000 Personen zunehmen wird. Für das Jahr 2006 erwarten wir einen weiteren, dann konjunkturell bedingten Rückgang der Arbeitslosenzahl (Tabelle 2).

³ Zu den möglichen Auswirkungen der Überprüfung vgl. Benner et al. (2005a: 49). Allerdings ist für das Jahr 2005 noch mit einem zusätzlichen, die Arbeitslosenzahl erhöhenden Effekt zu rechnen. So sind diejenigen Arbeitslosen bisher noch nicht registriert, die zuvor Sozialhilfe bezogen haben und nun erstmals bei einer optierenden Kommune betreut werden (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2005: 4). Die rückwirkende Einbeziehung dieser Gruppe, die bis zu 90 000 Personen umfasst, dürfte in der zweiten Jahreshälfte erfolgen. Sie ist in dieser Prognose enthalten.

Tabelle 2:
Arbeitsmarkt 2003–2006 (1 000 Personen)

	2003	2004	2005 ^a	2006 ^a
Deutschland				
Erwerbstätige (Inland)	38 722	38 860	39 050	39 260
Selbständige ^{b,c}	4 072	4 231	4 410	4 510
Existenzgründungszuschüsse („Ich-AGs“)	41	154	264	304
Arbeitnehmer ^b (Inland)	34 650	34 629	34 640	34 750
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^d	27 007	26 569	26 330	26 350
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte ^d	4 319	4 741	4 890	5 010
Pendlersaldo	87	83	80	80
Erwerbstätige (Inländer)	38 635	38 777	38 970	39 181
Arbeitnehmer ^d (Inländer)	34 563	34 546	34 561	34 670
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen ^b (Inland, Mill. Stunden)	55 713	56 153	56 071	56 146
Registrierte Arbeitslose	4 377	4 381	4 850	4 526
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	10,5	10,5	11,6	10,8
Erwerbslose nach dem ILO-Konzept	3 687	3 931	4 047	3 882
<i>Nachrichtlich:</i>				
Erwerbslosenquote (Prozent) nach dem ILO-Konzept ^f	8,7	9,2	9,4	9,0
Westdeutschland (ohne Berlin)				
Erwerbstätige ^g (Inland)	31 114	31 226	31 380	31 551
Registrierte Arbeitslose	2 753	2 781	3 079	2 873
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	8,4	8,5	9,3	8,7
Ostdeutschland (einschl. Berlin)				
Erwerbstätige ^g (Inland)	7 200	7 216	7 252	7 291
Registrierte Arbeitslose	1 624	1 600	1 771	1 653
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	18,5	18,4	19,9	18,7

^aPrognose. — ^bDie Veränderungen der Ex-post-Werte resultieren aus der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — ^cEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^dBerechnet als Durchschnitt der Monatswerte. — ^eBundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^fErwerbslose in Prozent der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). — ^gDie Anpassung der Erwerbstätigenzahlen für Ost- und Westdeutschland an die revidierten Erwerbstätigenzahlen steht noch aus.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit *Arbeitsmarkt in Zahlen – Geringfügige Beschäftigung* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2005); eigene Schätzungen und Prognosen.

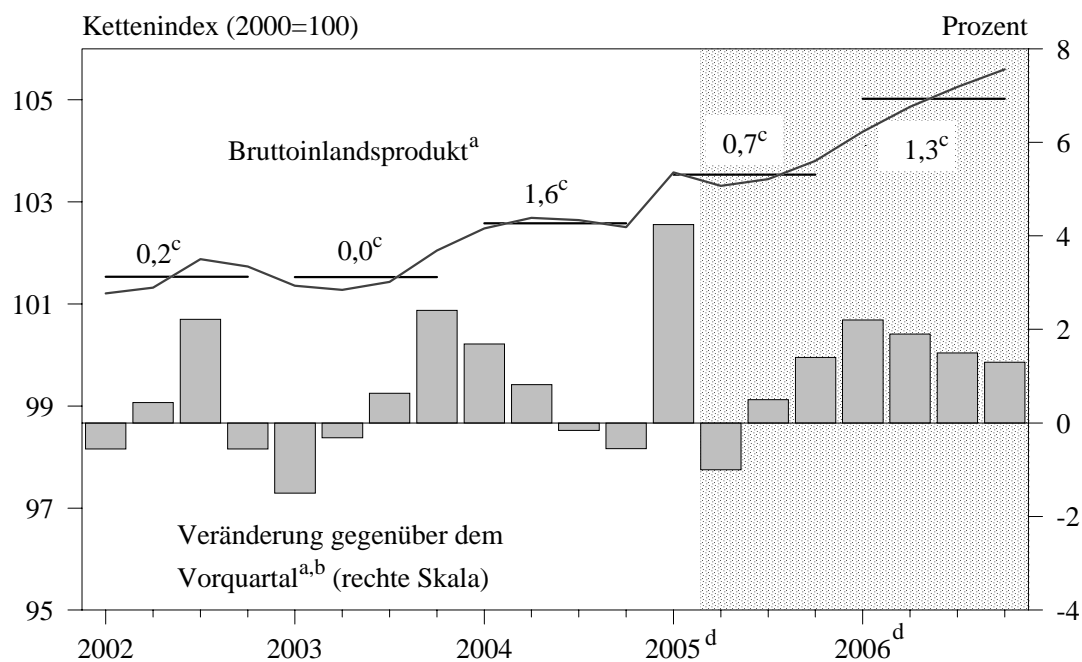
Ausblick: Kapazitätsauslastung nimmt vorerst ab

Nach dem für das zweite Quartal erwarteten Rückgang dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt nach der Jahresmitte wieder steigen (Abbildung 2); die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wird aber wohl noch weiter abnehmen. Die Exporte werden aufgrund der eingetrübten Konjunktur im übrigen Euroraum nur moderat zulegen. Noch verhaltener steigt die Binnen- nachfrage: Angesichts sinkender Absatzerwartungen und hoher Rohstoffkosten warten die

Unternehmen mit Investitionen ab, und auch die privaten Haushalte halten sich aufgrund der gestiegenen Aufwendungen für Treibstoff und andere Energieträger sowie der schlechten Arbeitsmarktlage zurück. Der Wohnungsbau nimmt weiter ab, wenn auch langsamer als zuvor.

Abbildung 2:

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2002–2006



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^dAb 2005 II: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); Statistisches Bundesamt *Wirtschaft und Statistik* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Im kommenden Jahr wird die Konjunktur im übrigen Euroraum sowie in anderen Teilen der Welt wieder an Schwung gewinnen, so dass mit einer beschleunigten Zunahme der Auslandsnachfrage zu rechnen ist. Die Unternehmen werden bei verbesserten Absatzerwartungen wieder vermehrt investieren, zumal die Kostensituation angesichts niedriger Zinsen, geringer Lohnsteigerungen und leicht fallender Rohstoffpreise günstig ist und weitere steuerliche Entlastungen anstehen. Die privaten Konsumausgaben werden vor dem Hintergrund etwas verbesserter Arbeitsmarktperspektiven ebenfalls rascher ausgeweitet. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2005 voraussichtlich um 0,7 Prozent zunehmen (Tabelle 3). Für das Jahr 2006 erwarten wir einen Anstieg um 1,3 Prozent. In beiden Jahren liegt die Anzahl der Arbeitstage jeweils unter der Zahl vom Vorjahr. Bereinigt um die Zahl der Arbeitstage ergibt sich für 2005 ein Anstieg um 0,9 Prozent und für 2006 um 1,4 Prozent.

Bundesregierung und Opposition sind derzeit bestrebt, die nächste Wahl zum deutschen Bundestag auf den Herbst des laufenden Jahres vorzuziehen. Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen danach beschlossen werden und wann sie in Kraft treten, ist derzeit nicht abzusehen. Daher beruht die vorliegende Prognose, mit Ausnahme der unterstellten Änderungen im Bereich der Steuergesetzgebung, auf der Annahme des Status quo in der Wirtschaftspolitik.

Tabelle 3:

Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2003–2006

	2003	2004	2005 ^a	2006 ^a
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) ^b	0,0	1,6	0,7	1,3
Erwerbstätige im Inland ^c	38 722	38 860	39 060	39 270
Arbeitslose ^c	4 377	4 381	4 850	4 526
Arbeitslosenquote (Prozent)	10,5	10,5	11,6	10,8
Verbraucherpreise ^d	1,1	1,6	1,7	1,4
Finanzierungssaldo des Staates				
in Mrd. Euro	–81,4	–80,1	–77,0	–75,0
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)	–3,8	–3,6	–3,4	–3,2
Schuldenstand in Prozent des BIP	63,1	65,1	66,9	68,4

^aPrognose. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^c1 000 Personen. — ^dPreisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2005c); Statistisches Bundesamt *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.) (2005). *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005*. Hamburg.
- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2005). Via Internet (29. Mai 2005) <<http://www.hsl.de/erwerbstaetigenrechnung/laenderdaten.htm>>.
- Benner, J., A. Boss, A. Kamps, C.-P. Meier, F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2005a). Deutschland: Vorerst weiter schwache Konjunktur und kaum Aussicht auf höheres Wachstum. *Die Weltwirtschaft* (1): 36–63.
- Benner, J., K.-J. Gern, A. Kamps, F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2005b). Produktionsanstieg in den Industrieländern setzt sich in mäßigem Tempo fort. *Die Weltwirtschaft* (2), in diesem Heft.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2005). Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der steuerlichen Standortbedingungen. Via Internet (29. Mai 2005) <http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_02/nn_4254/DE/Aktuelles/Aktuelle__Gesetze/Gesetzentwuerfe__Arbeitsfassungen/001.html>.
- Bundesagentur für Arbeit (2005). *Monatsbericht*. Mai. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Geringfügige Beschäftigung*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- Statistisches Bundesamt (2005a). Pressemitteilung vom 28. April. Sitzung des Fachausschusses Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen am 26. November 2003. Via Internet (29. Mai 2005) <<http://destatis.de/basis/d/vgr/vgrrevision.php>>.
- Statistisches Bundesamt (2005b). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S.21: Revidierte Ergebnisse 1970 bis 2004*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2005c). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S.26: Inlandsproduktsberechnung. Revidierte Jahresergebnisse 1991 bis 2004*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.